

# Johannes Schraps.

## Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 11/21

11. Juni 2021

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freunde,

mit dem Klimaschutzgesetz haben wir 2019 den Weg zu Klimaneutralität geebnet. Diese Woche geht eine Novelle in die 1. Lesung, mit der wir zügig auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts reagiert haben: Bis 2030 wollen wir 65 Prozent weniger Treibhausgasemissionen, bis 2040 eine Reduktion von 88 Prozent. Und: Spätestens 2045 leben wir klimaneutral. Um das zu erreichen, sind wir heute dabei, unser Leben, Arbeiten und Wirtschaften bedeutend zu verändern. Das geht aber nur, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen.



Mit der vorletzten Sitzungswoche dieser Bundestags-Legislatur gibt es aber noch weitere gute Nachrichten. Hubertus Heil, Olaf Scholz und unser Verhandlungsteam der Fraktion sind in den Gesprächen mit Gesundheitsminister Spahn hartnäckig geblieben und haben noch wichtige Reformen in der Pflege erreicht: Künftig werden Pflegekräfte in Deutschland nach Tariflohn bezahlt werden müssen. Das bedeutet für die Beschäftigten in der Pflege eine ordentliche Bezahlung und die Anerkennung, die sie verdienen. Fakt ist, dass das mehr kostet. Das kann aber nicht nur von den Pflegebedürftigen getragen werden. Um die Eigenanteile in der Pflege nicht weiter steigen zu lassen, erhalten Pflegebedürftige in der stationären Pflege bald jährlich gestaffelte Zuschüsse zu den pflegebedingten Kosten. Sie fallen umso höher aus, je länger man sich in einem Pflegeheim aufhält. Damit entlasten wir diejenigen, die längere Zeit auf stationäre Versorgung angewiesen sind. Ab 2022 stellen wir dafür einen Bundeszuschuss zur Pflegeversicherung zur Verfügung.

Faire Arbeitsbedingungen und eine gute Gesundheitsversorgung sind auch der Garant dafür, dass wir die Coronapandemie überwinden können. Die vergangenen Wochen lassen uns hoffen: Sinkende Infektionszahlen und eine niedrige 7-Tage-Inzidenz machen Restaurant- und Biergartenbesuche wieder möglich. Dennoch müssen wir weiter achtsam sein. Steigende Infektionszahlen in Nachbarländern und neue Virusvarianten können auch hierzulande das Infektionsgeschehen wieder hochtreiben. Deshalb verlängern wir in dieser Woche das Fortbestehen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite (hoffentlich ein letztes Mal) um drei Monate.

Mit der Koalitionseinigung auf ein Lieferkettengesetz ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Durchbruch gelungen. Wir haben ein zentrales Anliegen unter Dach gebracht - das war harte Arbeit! Große Teile der Union wollten das deutsche Lieferkettengesetz blockieren oder es im Sinne verantwortungsloser Unternehmen weichspülen. Wir aber haben bis zum Schluss auf klare Regeln bestanden – auch aus Fairness gegenüber jenen Unternehmen, die Menschenrechte schützen. Künftig müssen große in Deutschland ansässige Unternehmen prüfen, ob entlang ihrer Wertschöpfungsketten gegen Menschenrechte verstoßen wird – und wirksame Schritte zur Prävention und Abhilfe ergreifen. In die Verantwortung genommen sind ab 2023 Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten, ab 2024 Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Wer gegen die Sorgfaltspflicht verstößt, muss mit hohen Bußgeldern rechnen.

Viel Spaß beim Lesen.

Euer Johannes

### Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Besuch des Stifts in Fischbeck  
— Deutscher Kita-Preis: toller 2. Platz für das Lokale Bündnis „Qualität im Dialog“
- Seite 3** — Betriebsrätekonferenz mit unserem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil
- Seite 4** — Regierungsbefragung zu Belarus  
— Treffen mit Swetlana Tichanowskaja
- Seite 5** — Globale Mindestbesteuerung  
— Rente mit 68? Nicht mit uns!
- Seite 6** — Gartenzaungespräche in Fürstenberg
- Seite 6** — Themenausblick Bundestag
- Seite 7** — Treffen mit den Vorsitzenden der Auswärtigen Ausschüsse aus den drei Baltischen Staaten

Ihr findet mich auch bei:



## BESUCH DES STIFTS FISCHBECK



Vor zwei Wochen haben wir im Haushaltsausschuss des Bundestages eine Förderung von mehr als 100.000 € für wichtige Sanierungsmaßnahmen im Stift Fischbeck beschlossen. Im Rahmen des Denkmalschutz-Sonder-

programms wird die Apsis der Stiftskirche und das „Von-der-Kuhla-Haus“ in den kommenden Jahren denkmalgerecht saniert werden. Zwei ganz wichtige Maßnahmen zum Erhalt dieses Kulturdenkmals, das in unmittel-

barer Nähe des Weser-Radwegs auch ein wichtiger touristischer Anziehungspunkt ist. Mit Äbtissin Katrin Woitack, dem zuständigen Architekten der Klosterkammer Hannover Christian Holl, Stiftsverwalter Stefan Römbke sowie der SPD-Ortsbürgermeisterin Rosemarie Kreiensen habe ich mir vor Ort die konkreten Planungen in den eindrucksvollen Räumlichkeiten des Stiftes erläutern lassen. Ich freue mich immer wieder im Stift Fischbeck zu sein und kann die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten nur ganz ausdrücklich loben. Ich freue mich schon auf den nächsten Besuch. Vielleicht bei einem der kommenden sommerlichen Orgelkonzerte.

## 2. PLATZ BEIM DEUTSCHEN KITA-PREIS

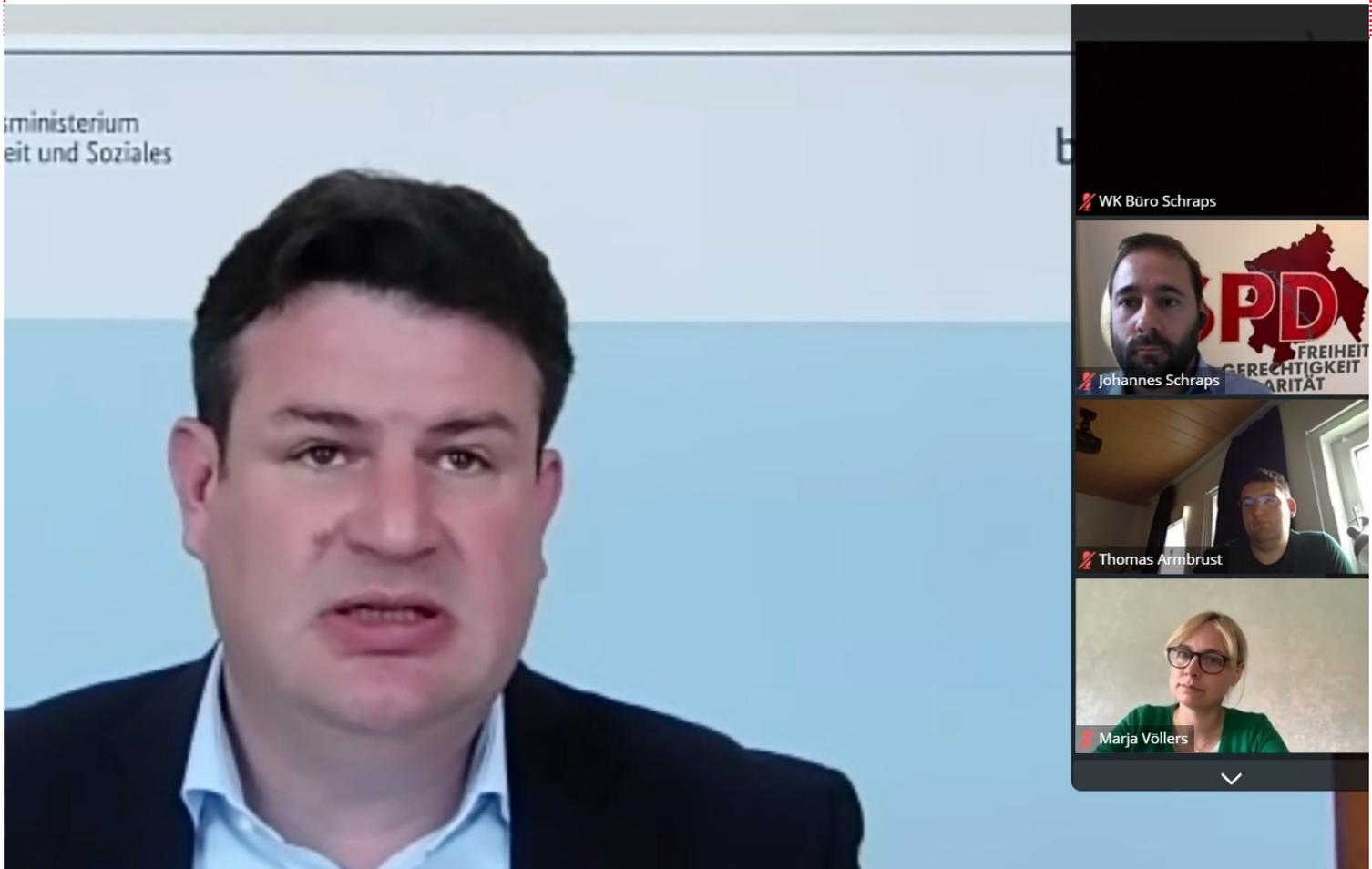
Herzliche Gratulation an das Lokale Bündnis „Qualität im Dialog“ zum zweiten Platz beim Deutschen Kita-Preis 2021. Ich bin stolz und hoch erfreut, dass ein solch tolles Vorzeigeprojekt aus unserer Heimat mit diesem bundesweiten Preis ausgezeichnet wird. Das Bündnis „Qualität im Dialog“ aus dem Auetal gehört bereits zum zweiten Mal zu den zehn Finalisten und es wird deutlich, wie gut und überzeugend das Konzept des Bündnisses ist. Gerade in der Corona-Zeit wurde nochmal klar, wie wichtig die Kindertagesbetreuung für Kinder, Familien und unsere Gesellschaft ist. Daher gilt

ein besonderer Dank und großer Glückwunsch vor allem auch den beteiligten Kitas in Hessisch Oldendorf, Rinteln und im Auetal sowie der Lenkungsgruppe, durch deren Engagement das lokale Projekt möglich wurde. Gemeinsam mit meiner Schaumburger Kollegin Marja-Liisa Völ-

lers hatte ich die Einrichtung in Hessisch Oldendorf im April 2019 besucht. Bereits damals war das Bündnis unter den Finalisten. Eine Besonderheit des Bündnisses ist die Zusammenarbeit über die Grenzen der Landkreise Schaumburg und Hameln-Pyrmont hinweg.



## DIGITALE WESERBERGLAND-BETRIEBSRÄTEKONFERENZ MIT BUNDESARBEITSMINISTER HUBERTUS HEIL



Gemeinsam mit meiner Bundestagskollegin Marja-Liisa Völlers hatte ich zur virtuellen Betriebsrätekonferenz mit Hubertus Heil eingeladen. Zu dem anderthalbstündigen Onlinegespräch waren rund 60 Teilnehmer aus dem gesamten Weserbergland der Einladung gefolgt. Unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil führte in seinem etwa 15-minütigen Eingangsstatement in die Inhalte des neuen Betriebsrätemodernisierungsgesetzes, den Ausbau der Arbeitnehmerrechte und das Recht auf Homeoffice ein. „Durch die Corona-Krise sind teilweise skandalöse Arbeitsbedingungen, gerade auch in der Fleischbranche, deutlich gewor-

den. Gegen große Widerstände haben wir dort aber Verbesserungen durchgesetzt“, so Hubertus Heil.

Ich halte die Diskussion für ausgesprochen wichtig, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden sollen, die Tariflöhne zahlen. Auch die Frage, ob es eine Arbeitnehmervertretung gibt, sollte hier eine Rolle spielen. Teilnehmer aus dem Einzelhandel und der Gesundheitsbranche beklagten das niedrige Lohnniveau der Mitarbeiter sowie die Privatisierung von Krankenhäusern und die damit verbundene Gewinnmaximierung. Auch hier sprach unser Minister deutliche

Worte: „Die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro und ihn für allgemeinverbindlich erklären, dass entspricht 60 % der mittleren Einkommen, ist auch und gerade in der Lebensmittelbranche wichtig.“ Er machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass auch Eigentümer von Lebensmittelketten zu den reichsten Deutschen gehören, während die Löhne in dieser Branche zu den miesesten gehören. Wir wollen tarifgebundene Arbeitsverhältnisse, von denen die Menschen leben können. Der Dialog mit den Arbeitnehmervertretern war sehr konstruktiv. Ich freue mich schon auf die weiteren Gespräche.

## Regierungsbefragung zur Lage der politischen Gefangenen in Belarus



In dieser Sitzungswoche hatte ich die Möglichkeit im Plenum im Rahmen der Regierungsbefragung unserem Außenminister Heiko Maas eine Frage zur Lage der politischen Gefangenen in Belarus zu stellen. Nach der Festnahme von Roman Protassewitsch hat sich die Lage der poli-

tischen Gefangenen in Belarus erneut verschärft. In den letzten Wochen kam es zu weiteren Verurteilungen für die Verhafteten, unter anderem von Pavel Yuhnevich, für den ich eine Partnerschaft im Rahmen des Programms von Libereco - Partnership for Human

Rights übernommen habe. Zudem habe ich in meiner Nachfrage nach den Möglichkeiten gefragt, wie die belarussische Zivilgesellschaft am besten unterstützt werden kann. Die Antworten unseres Außenministers gibt es im Video.

<https://fb.watch/62PhWOKu7w/>

## TREFFEN MIT SWETLANA TICHANOWSKAJA

Diese Woche hatte ich die Gelegenheit mich mit Swetlana Tichanowskaja auszutauschen, die als oppositionelle Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen in Belarus mutmaßlich mehr Stimmen erreicht hatte als Diktator Lukashenko. Mit Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion habe ich die Möglichkeit genutzt, um mit ihr über die Möglichkeiten zu sprechen, wie wir aus Deutschland den belarussischen Kampf um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheitsrechte am besten unterstützen können.



## BEHARRLICHKEIT ZAHLT SICH AUS: GLOBALE MINDESTBESTEUERUNG KOMMT

**HEY SIRI,  
GOOGLE  
WIRD  
ENDLICH  
GLOBAL  
STEUERN  
BEZAHLEN.**



Mehr zur globalen Mindeststeuer für Unternehmen auf: [SPD.DE](https://www.spd.de)

Olafs Beharrlichkeit hat sich ausgezahlt: Die globale Mindestbesteuerung wird endlich kommen! Facebook, Google und andere große internationale Konzerne müssen bald endlich überall einen Steuersatz von mindes-

als Mitglied des Finanzausschusses in den vergangenen Jahren eng begleiten und kann deshalb sehr gut einordnen, welcher wichtiger Meilenstein in der internationalen Steuergesetzgebung diese Einigung ist. Bislang läuft

tens 15 Prozent bezahlen. Das ist ein riesiger Erfolg, den Olaf durch seine Regierungskompetenz und durch seine internationale Vernetzung erreichen konnte. Diese intensive Überzeugungsarbeit konnte ich

es nämlich so: Viele große Unternehmen zahlen nur wenig Steuern und haben ihren Hauptsitz in Staaten, die mit Dumpingsteuern locken. Damit entziehen sie sich ihrer Verantwortung, einen gerechten Beitrag dort zu leisten, wo ihre Gewinne erwirtschaftet werden und wo sie von staatlich bereitgestellter Infrastruktur ganz selbstverständlich profitieren. Seit drei Jahren verhandelt Olaf international über dieses Abkommen, nach zähem Ringen haben sich die großen Industrienationen nun endlich darauf einigen können. Das ist ein historischer Schritt für mehr Steuergerechtigkeit, der Olafs Hartnäckigkeit zu verdanken ist. Ich finde, das sollten möglichst alle Menschen in Deutschland wissen. Die SPD kämpft mit Olaf für Steuergerechtigkeit - und gemeinsam werden wir das auch in Zukunft tun.

## RENTE MIT 68? NICHT MIT UNS!

Das Beratergremium bei Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat eine Reform hin zur Rente mit 68 vorgeschlagen. Frei nach dem Motto: Wer länger lebt, soll auch länger arbeiten. Aber: Das ist soziale Spaltung pur - und da machen wir nicht mit! Denn: Nicht in jedem Beruf kann man bis 68 arbeiten. Wer dann etwa aus gesundheitlichen Gründen oder vergeblicher Jobsuche früher in Rente geht, muss mit deutlichen Abschlägen rechnen. Hinzu kommt: Wer wenig Ein-

kommen hat, lebt in der Regel kürzer. Bei einem höheren Renteneintrittsalter hat man also weniger oder gar nichts mehr von den eingezahlten Beträgen. Dass diese sozialen Fragen keine Rolle in der Debatte spielen, ist beschämend. Vorschläge, wie alle ihr heutiges Renteneintrittsalter erreichen, fehlen völlig. Für uns ist klar: Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau. Durch die

Einbeziehung von Selbstständigen, Beamt:innen, freier Berufe und Mandatsträger:innen gestalten wir die gesetzliche Rentenversicherung solidarischer.

**Rente mit 68?  
Nicht mit uns!**

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

## GARTENZAUNGESPRÄCHE IN FÜRSTENBERG



Meine Gartenzaungespräche habe ich in Fürstenberg mit Bürgermeister Michael Weber fortgesetzt. Die Rundgänge durch die Dörfer bieten nicht nur die Möglichkeit für zahlreiche Gespräche, ich lerne auch jedes Mal wieder ein klein wenig dazu. Und man kann „seinen“ Wahlkreis ja auch nur gut vertreten, wenn man ihn gut kennt.

Natürlich ist die Porzellanmanufaktur Fürstenberg mit dem Mu-

seum Schloss Fürstenberg DER Anziehungspunkt in Fürstenberg. Viele Radfahrer, die auf dem Weser-Radweg unterwegs sind, stoppen hier und nehmen das eine oder andere aus dem Werksverkauf mit oder genießen einfach den Blick vom Schloss über das Wesertal. Aber auch Menschen, die auf der Deutschen Märchenstraße unterwegs sind, kommen hier vorbei. Beim Dorfrundgang sind wir u.a. auf

zwei Jäger gestoßen. Die Rehkeule hing grad noch ab. Und auch überaus spannendes Kunsthandwerk konnte ich bewundern. Am wichtigsten waren aber die zahlreichen Gespräche. Dabei habe ich auch den Unterschied zwischen Ortsbürgermeistern und den allseits bekannten Straßenbürgermeistern kennengelernt. Deswegen bedanke ich mich ganz herzlich für die Zeit und für die tollen Gespräche.

### Faire Löhne in der Pflege

Viele Pflegekräfte in der Altenpflege in Deutschland arbeiten dauerhaft an ihrer Belastungsgrenze. Die große Mehrheit von ihnen erhält bisher jedoch keine angemessene Entlohnung. Deshalb hat die Bundesregierung gesetzliche Vorschriften zur besseren Bezahlung auf den Weg gebracht. Ab September 2022 sind Altenheime und Pflegedienste in Deutschland nur dann zugelassen, wenn sie ihre Angestellten nach Tarif bezahlen.

Werden alle Pflegekräfte künftig nach Tarif bezahlt, kostet das mehr. Die Kosten dürfen aber nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Familien gehen. Der Entwurf sieht deshalb eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung für Kinderlose vor und zwar um 0,1 Prozent auf 3,4 Prozent. Zudem beteiligt sich der Bund mit jährlich einer Mrd. Euro an den Kosten.

Neben Tariflöhnen in der Pflege nimmt die Bundesregierung darüber hinaus die pflegebedingten Eigenanteile für Pflegebedürftige in den Blick. Um Pflegebedürftige vor steigenden finanziellen Belastungen zu schützen, sieht der Entwurf zeitlich gestaffelte Zuschläge vor. Die Zuschläge fallen umso höher aus, je länger man sich in einem Heim aufhält: Fünf Prozent im ersten Jahr; nach einem Jahr 25 Prozent; nach zwei Jahren 45 Prozent und nach drei Jahren 70 Prozent.

### Geschlechterquote für Vorstände kommt

Noch immer sind Vorstandsposten in Deutschland überwiegend in Männerhand. Und der Großteil der Unternehmen, die zur Festlegung einer Zielgröße verpflichtet sind,

plant auch keine Frau bei der Besetzung von Vorstandsposten ein: Rund 78 Prozent der Unternehmen setzen sich entweder gar keine oder die Zielgröße „null Frauen“.

Wir müssen die Unternehmen deshalb stärker in die Verantwortung nehmen. Mit dem Entwurf für das Zweite Führungspositionen-Gesetz (FüPoG II), diese Woche in 2./3. Lesung, schreibt die Regierung eine Mindestbeteiligung von Frauen vor: So sollen die 105 börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen mindestens eine Frau in den Vorstand berufen, wenn er mehr als dreiköpfig und rein männlich besetzt ist.

In Zukunft müssen die börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen eine Zielgröße Null in jedem Fall begründen – für den Aufsichtsrat, Vorstand oder eine der beiden obersten Leitungsebenen unterhalb des Vorstands. Wer nicht begründet oder sich weiterhin keine Zielgröße setzt, dem drohen empfindliche Bußgelder.

Für die Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes sieht der Entwurf eine Aufsichtsratsquote von mindestens 30 Prozent und eine Mindestbeteiligung in Vorständen vor. Bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts wie den Krankenkassen und bei den Renten- und Unfallversicherungsträgern sowie bei der Bundesagentur für Arbeit will die Regierung ebenfalls eine Mindestbeteiligung einführen. Im öffentlichen Dienst des Bundes sollen bis zum Jahr 2025 Führungspositionen hälftig mit Frauen besetzt sein.

### Ganztagsbetreuung in der Grundschule – garantiert

Wie wichtig eine funktionierende

Kinderbetreuung ist, hat die Corona-Pandemie in aller Schärfe gezeigt. Vom ersten Geburtstag bis zum Schuleintritt besteht schon jetzt ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Aber wir wollen mehr: Eltern sollen auch einen Rechtsanspruch darauf haben, ihre Kinder im Grundschulalter bis in den Nachmittag hinein betreuen zu lassen. Dafür haben wir lange gekämpft. Der Regierungsentwurf zur Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern wird nun in zweiter und dritter Lesung verabschiedet.

Ab 2026 sollen zunächst alle Kinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz haben, in den Folgejahren wird er um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Somit hat ab August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen 1 bis 4 einen Anspruch auf ganztägige Betreuung.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern soll in Horten ebenso wie in offenen und gebundenen Ganztagschulen erfüllt werden. Dafür müssen noch zahlreiche zusätzliche Plätze geschaffen werden.

Damit Länder und Gemeinden ein solches Angebot schaffen können, unterstützt der Bund den Ausbau mit bis zu 3,5 Mrd. Euro für Investitionen in Ganztags- und Betreuungsangebote. Davon werden 750 Mio. Euro über das Investitionsprogramm zum beschleunigten Ausbau der Bildungsinfrastruktur für Grundschulkindern bereits abgedeckt. Der Bund beteiligt sich darüber hinaus aber auch an den laufenden Betriebskosten der Ganztagsbetreuung: mit 100 Mio. jährlich ab 2026 und dann ansteigend bis 2030 mit 960 Mio. pro Jahr.

## TREFFEN MIT DEN VORSITZENDEN DER AUSWÄRTIGEN AUSSCHÜSSE DER DREI BALTISCHEN STAATEN (ESTLAND, LETTLAND & LITAUEN)



Als Delegationsleiter des Bundestags und Vize-Präsident der Ostsee-Parlamentarierkonferenz pflege ich regelmäßigen Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus den baltischen Staaten.

Nun waren alle drei Vorsitzenden der Auswärtigen Ausschüsse

aus den Parlamenten von Estland, Lettland und Litauen gemeinsam in Berlin zu Gast. Gemeinsam mit Nils Schmid, unserem außenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, habe ich mich mit Žygimantas Pavilionis aus Litauen, Rihards Kols aus Lettland und Marko

Mihkelson aus Estland ausgetauscht. Alle drei hatte ich zuvor bereits mehrfach getroffen und so konnten wir den intensiven und vertrauensvollen Austausch nun fortsetzen. Schön, dass dies nun auch mal wieder in einem physischen Gespräch möglich war.

### Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2  
31785 Hameln  
05151 107 33 99

### Büro Holzminden

Obere Str. 44  
37603 Holzminden  
05531 5030

### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
030 227 77295

[johannes.schraps.wk@bundestag.de](mailto:johannes.schraps.wk@bundestag.de)

[johannes.schraps@bundestag.de](mailto:johannes.schraps@bundestag.de)

### V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Martin Drelichowski,  
Lea Feldhaus, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva